

Heide Hammel

„Die Zukunft hat schon begonnen“

Johann Peter Brandenburg

Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim 1947–1966

FDP-Abgeordneter des Landtags von Württemberg-Baden
und Baden-Württemberg 1946–1964 und 1968–1976

verlag regionalkultur

Umschlagabbildung: Foto Johann Peter Brandenburgs von Erica Loos

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herstellung	verlag regionalkultur
Redaktion und Satz	Jürgen Zieher, vr
Umschlaggestaltung	Jochen Baumgärtner, vr
Endkorrektur	Regine Schmidt, Karlsruhe

Diese Publikation ist auf alterungsbeständigem und säurefreiem Papier
(TCF nach ISO 9706) gedruckt entsprechend den Frankfurter Forderungen.

ISBN 978-3-89735-508-8

© 2007. Alle Rechte vorbehalten.

verlag regionalkultur Heidelberg – Ubstadt-Weiher – Weil am Rhein – Basel

Korrespondenzadresse:

Bahnhofstraße 2 • 76698 Ubstadt-Weiher

Telefon (072 51) 3 67 03-0 • Fax (072 51) 3 67 03-29

E-Mail: kontakt@verlag-regionalkultur.de • Internet: www.verlag-regionalkultur.de

Inhalt

Vorwort	7
Anfänge	9
Ankunft in der Trümmerstadt Pforzheim und erste Mandate	9
Lebenslauf bis 1945	16
Abgeordneter in der Verfassunggebenden Landesversammlung	22
Abgeordneter im württemberg-badischen Landtag	27
Kurswechsel der amerikanischen Besatzungsmacht	27
Brandenburgs Vorstellungen zur Lösung der sozialen Probleme	28
Zustimmung und Einsprüche bei Bundes- und Landesgesetzen	31
Die erste Ära Brandenburg in Pforzheim	34
Wahl zum Oberbürgermeister durch den Stadtrat 1947	34
Kommunalpolitiker oder Zeitungsverleger?	35
Brandenburgs kommunalpolitische Ziele 1948	37
Hemmnisse und Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele bis 1952/53	39
Aufbau einer neuen Stadt	44
Brandenburgs Kulturpolitik	50
Triumphale Wiederwahl zum Oberbürgermeister 1954	53
Engagement für den Südweststaat und eine Neuordnung der Region ...	57
Die Verfassunggebende Landesversammlung und der erste Landtag von Baden-Württemberg 1952–1956	62
Die Gründung des Landes Baden-Württemberg	62
Brandenburgs parlamentarische Arbeit in der Verfassunggebenden Landesversammlung	63
Brandenburgs Stellungnahmen zur Landes- und Bundespolitik im ersten Landtag von Baden-Württemberg	65
Die 50er Jahre in der zweiten Pforzheimer Ära Brandenburg	72
Die Wiederentdeckung des Humanisten Johannes Reuchlin	72
Kritik an der Machtfülle und Amtsführung des Oberbürgermeisters	75
Einblicke in das Privatleben	82
Reuchlinhaus oder Saalbau?	86

Vizepräsident im 2. und 3. Landtag von Baden-Württemberg von 1956 bis 1964	92
Beratungsgegenstände 1956 – Ergebnisse der Bundespolitik	93
Kommunale und landespolitische Probleme in der Zeit des „Wirtschaftswunders“	95
Gedenken an die Opfer der NS-Diktatur	105
Die 60er Jahre der zweiten Ära Brandenburg	109
Neue Herausforderungen für die Stadt Pforzheim	109
Kommunalpolitische Konflikte	111
Weitreichende Entscheidungen über die Gestaltung des Marktplatzes ...	114
Das Ende der Ära Brandenburg in Pforzheim	115
Rückkehr in die Landespolitik 1968	123
Veränderungen der politischen Landschaft seit 1964	124
Brandenburgs Position bei den innerparteilichen Richtungskämpfen bis 1972	125
Parlamentarische Arbeit von 1968 bis 1976	128
Im 5. Landtag von 1968 bis 1972 – Fraktionsvorsitzender ab 1969	128
Die FDP/DVP-Opposition unter dem Vorsitz Brandenburgs im 6. Landtag ...	132
Ehrungen und letzte Kandidatur	139
Brandenburg in der Erinnerung von Zeitzeugen	147
Berichte aus Pforzheim	147
Dr. Joachim Becker	147
Margarete Stiegele	150
Ruth Witzemann	152
Erinnerungen von Fraktions- und Parteimitgliedern	153
Dr. h. c. Hinrich Enderlein	153
Prof. Dr. Jürgen Morlok	155
Dr. Horst Rehberger	161
Anhang	164
Quellen- und Literaturverzeichnis	164
Abkürzungen	171
Abbildungsnachweis	172
Dank	173
Über die Autorin	175

Anfänge

Ankunft in der Trümmerstadt Pforzheim und erste Mandate

„Jener müde und staubbedeckte Wanderer, der an einem heißen Samstagnachmittag Ende Juni 1945 sein klappriges Fahrrad an einem der letzten Eutinger Häuser anhielt und von einer aus dem Fenster schauenden Frau ein Glas Wasser erbat, hat zwar aus den damals beschränkten deutschen Nachrichtenquellen und durch eine letzte Postkarte seiner Frau erfahren, daß Pforzheim am 23. Februar 1945 auf das schwerste zerstört worden war. Was er dann aber sah, übertraf alle seine Erfahrungen und Vorstellungen aus anderen schwer zerstörten Städten. Er hatte auf der mehrtägigen Heimfahrt aus Mitteldeutschland Heilbronn gesehen; Pforzheim übertraf das alles in seinem traurigen Ruhm, die zerstörteste Mittelstadt zu sein.

Der Wanderer kam zum Marktplatz – welch schauriges Bild – und überlegte, welche von den Brücken wohl noch passierbar sei, um an das andere Flußufer zu gelangen. Ein farbiger französischer Posten wies ihn zur behelfsmäßig gerichteten Auerbrücke. Der Soldat flößte zunächst Mißtrauen ein, denn man war in Mühlenacker eben erst einer unangenehmen militärischen Kontrolle entronnen.

Der Pfad in der Mitte der Straßen war so schmal, daß man das Fahrrad schieben mußte, links und rechts gab es nichts als die Zeichen der Zerstörung: Ruinen und Trümmer, Kreuze und Schilder, und über allem ein merkwürdiger Geruch von Brand und Vernichtung. Das Haus Schwarzwaldstraße 13 stand noch, Wohnung und Habe waren gerettet – ein Wunder inmitten all der Vernichtung.“

So beschreibt der müde Wanderer Dr. Johann Peter Brandenburg seine Ankunft in Pforzheim.¹ Im Haus seiner Schwiegereltern in der Schwarzwaldstraße traf er jedoch seine Frau Annemarie nicht an. Sie war – ebenfalls mit dem Fahrrad – vor den marodierenden marokkanischen Soldaten nach Blaubeuren geflüchtet, wohin er ihr am nächsten Tag folgte. Sie kehrten nach Pforzheim zurück am Tag der endgültigen Übergabe der Stadt von der französischen an die amerikanische Besatzungsmacht am 8. Juli 1945.

Mit dem Wechsel der Besatzungsmacht fanden die Plünderungen, willkürlichen Verhaftungen, Vergewaltigungen und anderen Gewaltmaßnahmen ein Ende. Doch fand auch die amerikanische Besatzungsmacht nur einen „Trümmerhaufen“ vor, wie der spätere Resident Officer Raymond Lascoe bei seinem ersten Besuch der Stadt feststellte.

Nach mehreren vorhergehenden Bombenangriffen war bei dem Großangriff am 23. Februar 1945 die Innenstadt vollständig zerstört worden, die Außenbezirke wie die Nordstadt und das Rod-Viertel waren weniger getroffen. Weitgehend erhalten blieben die Stadtteile

¹ Brandenburg: Erinnerungen an zwanzig Jahre Wiederaufbau, in: PZ am 23. März 1967.



Blick in die Blumenstraße 1945

Brötzingen und Dillweißstein. Die Einwohnerzahl war von vorher 79 000 auf rund 42 000 gesunken. Die Zahl der Bombenopfer konnte im Sommer 1945 nur geschätzt werden, auch deshalb, weil bei den Aufräumarbeiten immer wieder Leichen aus den Trümmern geborgen wurden. Die Schätzungen der Zahl der Toten bewegen sich zwischen 17 000 und 18 000. Auch bei früheren Bombenangriffen waren viele Überlebende in die umliegenden Dörfer evakuiert worden oder dorthin geflüchtet.

Trotz des einschneidenden Rückgangs der Bevölkerungszahl herrschte in Pforzheim eine drangvolle Enge, die durch die rund 50 Hausbesetzungen der Amerikaner noch verstärkt wurde. Die Menschen hausten in Kellern, Gartenhäusern, Baracken oder zusammengepfercht in den erhaltenen Wohnungen und Häusern, in denen Verwandte Unterschlupf fanden oder Obdachlose durch das Wohnungsamt eingewiesen wurden.

Am 23. Juli wurde der frühere Direktor der Deutschen Bank Friedrich Adolf Katz, 1893 im Elsass geboren, von der Militärregierung zum Oberbürgermeister ernannt und mit ihm Dr. Hellmuth Müller zum 1. Bürgermeister und Gustav Kuhle zum 2. Bürgermeister. Sie waren für die Durchführung der Befehle und Verordnungen der Militärregierung verantwortlich und zugleich für die Bewältigung der dringendsten Bedürfnisse der Bewohner. Jede sachliche und personelle Entscheidung der Verwaltungsspitze – die Gliederungen in den unteren Bereichen blieben erhalten – musste der Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt werden.

Zu einer der ersten Entscheidungen des Oberbürgermeisters Katz gehörte die Ernennung des arbeitslosen, politisch unbelasteten Juristen Dr. Johann Brandenburg zum Sparkassen-

direktor am 31. Juli 1945. Nach Zeitungsrückblicken soll OB Katz zu ihm gesagt haben: „*Sehen Sie zu, dass Sie damit fertig werden!*“

Die Städtische Sparkasse war nach der Zerstörung des Hauptgebäudes in der Poststraße vorübergehend geschlossen. Neu eröffnet wurde sie in der Nordstadt als Notquartier im „Hotel Stadt Bretten“, dem späteren „Wittelsbacher Hof“. Der Saal im Parterre des Hauses musste vorerst als einer der wenigen erhaltenen größeren Räume für öffentliche Zwecke zur Verfügung bleiben. Eine Zeitzeugin, damals eine sehr junge Angestellte, berichtet, dass im ersten Stockwerk die Hauptkasse, einige Angestellte und eine Theke für die Kundenbedienung untergebracht waren. In dem ursprünglich aus zwei Zimmern bestehenden großen Raum mit Zementboden – erst später mit Holz belegt – stand ein Holz- und Kohleofen. Das Mobiliar bestand vorwiegend aus Tischen und Stühlen aus der darunter liegenden ehemaligen Gastwirtschaft. Sie wurden im Winter möglichst nah an den Ofen gerückt.

Im zweiten Stockwerk, direkt unter dem zerstörten Dachgeschoss, befand sich die Hauptverwaltung mit dem Zimmer des Direktors Brandenburg, dem es bei Regenwetter auf den Schreibtisch träufelte. „*Zum Glück hatte der neue Sparkassendirektor wenigstens noch einen Schirm*“, schrieb die Pforzheimer Zeitung in einem Rückblick am 24. März 1965. Er hatte nicht nur einen Schirm, sondern auch noch sein klappriges Fahrrad, mit dem er täglich von der Schwarzwaldstraße 13 in seine Dienststelle fuhr.

Dass er sich gut eingearbeitet hatte, kann man der Tatsache entnehmen, dass er am 15. September zusätzlich zum Leiter der Bankenvereinigung Pforzheim ernannt wurde und am 1. Oktober 1945 zum kommissarischen Stadtkämmerer.

Seine Laufbahn als Bankdirektor schien gesichert, und eine größere Karriere in diesem Metier war zu erwarten. Doch entschied er sich bald für einen anderen Weg.

Im Zusammenhang mit der schrittweisen Einführung demokratischer Strukturen wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht bereits am 7. August ein Gemeinderat gebildet, dessen 20 Mitglieder von den so genannten „antifaschistischen Parteien“ – einem vorläufigen Zusammenschluss ehemaliger Mitglieder der KPD, SPD und DDP – vorgeschlagen wurden. Einer der ernannten Stadträte war Johann Peter Brandenburg.

Aus einem seiner späteren Berichte an die Militärregierung, die als Manuskripte im Stadtarchiv Pforzheim erhalten sind, lässt sich die Fülle der anstehenden Probleme und der daraus resultierenden Verwaltungsmaßnahmen ablesen. Eine der ersten Verordnungen war die unpopuläre, jeweils sechswöchige Zwangsverpflichtung aller männlichen Einwohner von 15 bis 50 Jahren zur Trümmerbeseitigung im Rahmen eines Programms für den Wiederaufbau. Dazu wurde von den Verantwortlichen bereits im Oktober ein Planungsamt und im Gemeinderat ein Planungsausschuss gebildet, dem auch Brandenburg angehörte.



Brandenburg als Vierzigjähriger

Obwohl mit Genehmigung der Militärregierung bereits am 10. September eine Zugangssperre erlassen wurde, von der die zurückkehrenden Soldaten allerdings ausgenommen waren, blieb die Unterbringung der Bombengeschädigten eines der dringendsten Probleme, ebenso die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und den notwendigsten Gebrauchsgegenständen. Mit der Errichtung eines „Sozialen Hilfswerks“, der Einrichtung von Gemeinschaftsküchen, dem Beginn des Schulunterrichts – meistens in Gasthäusern – und der Wiederherstellung der wichtigsten Straßenbahn- und Buslinien waren bis zum Jahresende 1945 die ersten Schritte getan. Auch das kulturelle Leben erhielt durch die Neugründung des Städtischen Orchesters und des Stadttheaters im Herbst 1945 Impulse.

Doch der Eindruck einer planmäßigen Organisation täuscht. Brandenburg selbst charakterisiert in dem oben genannten Artikel „Erinnerungen an zwanzig Jahre Wiederaufbau“ die früheste Nachkriegszeit als „klassische Zeit der Improvisation“:

„Die Verantwortung der damals Verantwortlichen war ohne jedes kommunalpolitische Beispiel. Es mußten, wollte man weiterleben, Entscheidungen getroffen werden und Weichen gestellt werden. Ein Ausweichen gab es nicht, man mußte sich dem stellen, was die Lage forderte und gebot. Die Lage lernten wir schnell überschauen, die Zukunft war noch sehr ohne Kontur.“

Erschwert wurde die Durchführung kommunalpolitischer Entscheidungen zusätzlich durch räumliche Gegebenheiten, die die Kommunikation der Dienststellen behinderten: Das Hauptamt mit dem Amtszimmer des Oberbürgermeisters, das Wohnungsamt und die Polizeidirektion waren in der ehemaligen Osterfeldschule untergebracht, doch die übrigen Dienststellen mehrheitlich verstreut in verschiedenen Gasthäusern und Notunterkünften im Stadtteil Brötzingen.

Dort befand sich auch der einzige größere Veranstaltungsraum der Trümmerstadt, die vom „Turnverein Brötzingen 1880“ im Jahr 1904 erbaute Turnhalle mit rund 400 Sitzplätzen. Diese, von der Stadtverwaltung gemietet, diente als Versammlungsraum für öffentliche Veranstaltungen, als provisorisches Theater, Konzertsaal und Kino.

Trotz aller Probleme und Schwierigkeiten wich Brandenburg nicht aus, auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung die Kommunalpolitiker als verlängerten Arm der Militärregierung betrachtete und ihnen oft die Schuld an den elenden Lebensverhältnissen gab. Im oben genannten Artikel bekennt er, dass seine Berufung in den vorläufigen Gemeinderat seinen „*Neigungen entgegenkam und dem Vorsatz, nach dem Krieg politisch nicht beiseite zu stehen*“, denn er „*habe gesehen und erfahren, wohin politische Abstinenz führen könne*“. Seinen Vorsatz, sich politisch zu engagieren, konnte er im Rahmen eines weiteren Schrittes der Amerikaner zur Demokratisierung der deutschen Bevölkerung verwirklichen.

Die amerikanische Besatzungsmacht hatte sich im August 1945 entschlossen, die Bildung demokratischer Parteien regional zuzulassen, um nach Paul Sauer dem Zustand völliger politischer Apathie entgegenzuwirken.² In Pforzheim konstituierten sich

2 Paul Sauer: Demokratischer Neubeginn, S. 98.



Die Brötzingen Turnhalle

darauhin im November 1945 die KPD und SPD, und Johann Peter Brandenburg gründete mit mehrheitlich ehemaligen Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) die „Soziale Volkspartei“. Leider gibt es keine Unterlagen über das genaue Datum und die Gründungsmitglieder, doch ist das Manuskript von Brandenburgs Rede als Parteivorsitzender im Stadtarchiv Pforzheim vorhanden.

In dieser Rede vom Dezember 1945 in der Brötzingen Turnhalle appelliert er an die Zuhörer, sich aktiv am Aufbau eines demokratischen Staatswesens zu beteiligen. Dies erfordere eine Überwindung der Abneigung gegenüber Parteien, die er auf das „Parteiengenzänk“ in der Weimarer Republik und die Einparteiendiktatur der Nationalsozialisten zurückführt. Doch könne eine Demokratie ohne Bündelung politischer Ansichten und Interessen nicht funktionieren, weshalb eine Unterstützung der Parteien notwendig sei.

Es fällt auf, dass Brandenburg in dieser Rede die grundsätzliche Verteidigung des pluralistischen Systems ausführlicher berücksichtigt als die Ziele der Sozialen Volkspartei selbst. Diese unterscheiden sich wenig von denen der übrigen Parteien. Angesichts der bedrückenden Not und der allgemein trostlosen Verhältnisse will sich seine Partei vorrangig für die Lösung der sozialen Probleme bei der vorläufigen Landesregierung einsetzen. Programmatische Ansätze der liberalen Tradition finden sich nicht nur in seinem Plädoyer für eine freiheitliche Demokratie, sondern vor allem in seiner Forderung nach einem schnellen Aufbau der Industrie. Dabei vermeidet er die Festlegung auf ein bestimmtes Wirtschaftssystem.